dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 34 **16. Oktober 2026**

Inhalt

Schweitzer ist neuer Arbeitsminister
Rentenreform: nachhaltig und generationengerecht!

dbb frauen
Häusliche Gewalt: konsequenter Opferschutz gefordert

dbb frauen
Gesetz gegen digitale Gewalt begrüßt

dbb jugend
Im Dienst angegriffen: mehr Schutz und Prävention gefordert

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen
80 Jahre Öffentlicher Dienst: Festveranstaltung im Landtag

Brandenburg
Anpassung von Besoldung und Versorgung 2026 beschlossen

Hamburg
Erfolgreiche Aktion „Eure Politik und das Kartenhaus stürzt ein“

Bayern
Geplante Neuregelung im Beamtenrecht begrüßt

dbb Bildungsgewerkschaften
Bildungsministerkonferenz soll Professionalisierung und Finanzierung sichern!

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ
Zuckergetränkesteuer: Personal und einsatzfähige IT gefordert

Namen und Nachrichten

aktuell
Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Schweitzer ist neuer Arbeitsminister

Rentenreform: nachhaltig und generationengerecht!

Auf den neuen Bundesarbeitsminister warten große Herausforderungen. Der dbb bietet dafür konstruktive Unterstützung und die Expertise der Beschäftigten an.

„Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates liegt am Boden und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leiden unter Aufgabenzuwachs und Arbeitskräftemangel“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 15. Oktober 2026. Der dbb stehe deshalb für einen konstruktiven Austausch über die geplanten Reformen bereit. „Am Ende sind es die Kolleginnen und Kollegen, die die Reformen umsetzen müssen. Sie wissen am besten, wo es läuft und wo es hakt. Mein Angebot an Alexander Schweitzer lautet: Nutzen Sie diese Expertise und beziehen Sie die Beschäftigten mit ein!“

Der dbb spricht sich für eine generationsgerechte und nachhaltige Rentenreform aus. „Die Arbeits- und Lebensleistungen der Beschäftigten müssen sich in der Rente wiederfinden. Dazu gehört eine Beibehaltung flexibler, finanziell abgesicherter Renteneintritte wie beispielsweise die vorzeitige Rente nach 45 Versicherungsjahren oder die Altersteilzeit im Blockmodell“, erklärte der dbb-Chef. Eine generelle Anhebung der Regelaltersgrenze lehne er dagegen ab.

Eine Stärkung kapitalgedeckter Elemente auch in der GRV halte er grundsätzlich für den richtigen Schritt. „Allerdings dürfen die daraus folgenden finanziellen Belastungen im Zusammenspiel mit der allgemeinen Beitragssatzentwicklung nicht zu einer Überlastung führen“, machte Geyer klar.

„Reformen sollten dazu dienen, die Lage für die Arbeitnehmenden zu verbessern“, erklärte der dbb-Chef. Die Pläne der Bundesregierung, die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) künftig gesetzlich ab dem ersten Krankheitstag vorzuschreiben und die telefonische Krankschreibung abzuschaffen, lehnte er deshalb entschieden ab. „Wenn ab sofort alle am ersten Krankheitstag in die Arztpraxis müssen, dann überlastet das unser Gesundheitssystem, denn das führt nicht nur zu mehr Bürokratie, sondern auch völlig unnötigen Infektionskontakten“, so Geyer. Letztlich wäre die Änderung vor allem ein Zeichen des Misstrauens gegenüber den Beschäftigten.

Darüber hinaus stehe der dbb für den bewährten Acht-Stunden-Tag ein und werde sich gegen ein Aufweichen des Arbeitszeitgesetzes wehren. Geyer: „Das Arbeitszeitgesetz hat sich als Schutzgesetz der Beschäftigten bewährt. Es dient nicht nur der Gesunderhaltung der Beschäftigten, sondern ermöglicht ihnen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.“

Auch die Ausweitung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen kritisierte der dbb-Chef. „Das führt zu einer Unsicherheit der betroffenen Beschäftigten in sämtlichen Lebensbereichen. Die notwendige Planungssicherheit fällt weg. Daher ist die bisherige Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung zu streichen und nicht, wie geplant zu erweitern.“ Stabilität und Sicherheit seien wichtige Anreize für die Arbeitnehmenden. Gerade im öffentlichen Dienst, wo derzeit über 630.000 Fachkräfte fehlen, dürfe die Politik seine Attraktivität als Arbeitgeber nicht untergraben.

dbb frauen

Häusliche Gewalt: konsequenter Opferschutz gefordert

Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zum besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt beschlossen.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb-Bundesvorsitzende, begrüßte am 9. Oktober 2026 die Entscheidung des Kabinetts: „Damit sendet die Bundesregierung ein wichtiges Signal: Häusliche Gewalt ist kein Privatproblem, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Es ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt, dass Familiengerichte Gewaltverhältnisse künftig stärker berücksichtigen und der Schutz betroffener Frauen und Kinder verbessert werden soll.“

Das Bundeskabinett hatte zwei Tage zuvor einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des

Schutzes von Opfern häuslicher Gewalt beschlossen. Ziel ist es, den Schutz von Betroffenen häuslicher Gewalt in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern, die Stellung von Kindern zu stärken und Verfahren so auszugestalten, dass Gewaltverhältnisse stärker berücksichtigt werden.

Diese Änderungen sieht der Gesetzentwurf vor:

- Betroffene Elternteile sollen ihren aktuellen Aufenthaltsort künftig leichter geheim halten können. Dazu soll ein Wahlgerichtsstand eingeführt werden.
- Familiengerichte sollen bei bestehenden Gewaltverhältnissen nicht mehr auf eine einvernehmliche Lösung zwischen den Beteiligten hinwirken.
- Richterinnen und Richter in Familiensachen sollen über Kenntnisse der Dynamiken und Auswirkungen häuslicher Gewalt verfügen.
- Die Zusammenarbeit der kommunalen Hilfsangebote vor Ort soll gestärkt werden, um die Gewaltschutz- und Kindschaftsverfahren zu beschleunigen und zu verbessern.

„Häusliche Gewalt endet häufig nicht mit der Trennung. Sie wirkt oft in Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsverfahren fort und muss deshalb im Familienrecht konsequent berücksichtigt werden“, erklärte Kreutz.

Kreutz begrüßte zudem, dass der Entwurf, bestehende Probleme endlich lösen will: „In Verfahren nach häuslicher Gewalt bestehen häufig erhebliche Machtungleichgewichte. Deshalb brauchen Betroffene besonderen Schutz und dürfen nicht unter Druck geraten, Einigungen mit dem Gewalttäter zu erzielen.“ Gerade bei häuslicher Gewalt hängen wirksame Schutzmaßnahmen häufig davon ab, dass Gerichte, Jugendämter, Polizei und weitere Stellen relevante Informationen rechtzeitig austauschen. Deshalb sei die stärkere Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt.

„Wer über Sorge- und Umgangsfragen entscheidet, muss aber auch die Folgen von Gewalt für Betroffene und Kinder einschätzen können“, hob die dbb frauen-Chefin hervor. „Die vorgesehenen Qualifizierungsanforderungen sind deshalb ein wichtiger Schritt für bessere und sensiblere Entscheidungen.“ Entscheidend werde sein, dass die vorgesehenen Kenntnisse nicht nur auf dem Papier stehen, sondern durch entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote dauerhaft abgesichert werden.

dbb frauen
Gesetz gegen digitale Gewalt begrüßt

Die dbb frauen begrüßen, dass der beschlossene Gesetzentwurf Schutzlücken bei digitaler Gewalt schließen und Betroffenen eine wirksamere Rechtsdurchsetzung ermöglichen soll.

Milane Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb-Bundesvorsitzende betonte am 8. Oktober 2026: „Digitale Gewalt ist längst zu einem Instrument geworden, um Frauen einzuschüchtern und aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Deshalb begrüßen wir, dass die Bundesregierung bestehende Schutzlücken schließen will.“

Konkret reagiert der Entwurf auf neue Formen digitaler Gewalt wie sexualisierte Deepfakes, digitalen Voyeurismus, Identitätsmissbrauch und Cyberstalking. Diese wurden bisher nur unzureichend vom Strafrecht erfasst. Der Gesetzentwurf, der am Vortag vom Bundeskabinett beschlossen wurde, soll zum ersten Mal ermöglichen, diese Vergehen klar strafrechtlich zu verfolgen.

„Digitale Gewalt ist kein Randphänomen des Internets“, erklärte die dbb frauen-Chefin. Sie reiche von Cyberstalking und Identitätsmissbrauch bis hin zu bildbasierter sexualisierter Gewalt und Deepfakes. Frauen sind von vielen dieser Erscheinungsformen besonders häufig betroffen. „Sexualisierte Deepfakes, digitaler Voyeurismus oder die missbräuchliche Verbreitung intimer Inhalte sind keine Kavaliersdelikte. Sie greifen die Würde, Sicherheit und sexuelle Selbstbestimmung der Betroffenen an.“

Wer Frauen mit sexualisierten Deepfakes, Cyberstalking oder digitalem Voyeurismus angreife, verletze nicht nur ihre Persönlichkeitsrechte. Kreutz: „Solche Angriffe zielen auch darauf ab, Frauen zum Schweigen zu bringen.

Wenn Frauen sich aus Angst zurückziehen, ist das nicht nur ein Problem für die Betroffenen, sondern für unsere Demokratie insgesamt."

Die dbb frauen fordern daher, dass sich Frauen auch im digitalen Raum frei und sicher bewegen können müssen. „Niemand sollte aus Angst vor Cyberstalking, digitaler Überwachung oder sexualisierten Deepfakes auf gesellschaftliche, berufliche oder politische Teilhabe verzichten müssen", stellte Kreutz klar. „Der Gesetzentwurf setzt ein wichtiges Signal: Die digitale Welt ist kein rechtsfreier Raum. Wer digitale Technologien nutzt, um andere Menschen zu demütigen, auszuspionieren oder ihre Persönlichkeitsrechte zu verletzen, muss mit wirksamen Konsequenzen rechnen."

Aber Gesetzesänderungen sind nicht alles, gab Kreutz zu bedenken: "Wenn Behörden die neuen Formen von Gewalt effektiv bekämpfen sollen, brauchen sie dafür auch die entsprechende Ausstattung. Das gilt sowohl für die Technik als auch für das Personal." Die Politik müsse bei der Justiz für ausreichend Kapazitäten sorgen.

dbb jugend

Im Dienst angegriffen: mehr Schutz und Prävention gefordert

Im Nahverkehr, auf dem Amt, im Einsatz: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind immer häufiger Gewalt ausgesetzt.

„Es kann nicht sein, dass Menschen angegriffen werden, weil sie ihren Job machen", sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 9. Oktober auf dem Bundesjugendausschuss in Nürnberg. „Das gesellschaftliche Klima wird immer rauer. Wir müssen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst besser schützen, aber auch systematisch an die Ursachen heran. Niemand soll mit Angst zur Arbeit gehen."

„Sorge bereitet mir vor allem, dass es inzwischen fast überall Vorfälle gibt", ergänzte Daria Abramov, Erste stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend. „Besonders schockierend ist, dass auch immer wieder Rettende zu Opfern werden. Ich erwarte, dass sich der Staat hinter seine Beschäftigten stellt und eine Null-Toleranz-Strategie fährt."

Aus Sicht der dbb jugend braucht es funktionierende Sicherheitskonzepte in den Behörden, Meldesysteme und Fortbildungen. Abramov: „Tatsache ist auch, dass die Politik das Ansehen des Staates verbessern muss. Wir brauchen Bürokratieabbau, mehr Digitalisierung und bessere Arbeitsbedingungen, die einen besseren Service ermöglichen. Denn zufriedene Bürgerinnen und Bürger werden seltener ausfallend."

Hintergrund: Eine umfassende Studie zum Thema haben das Bundesinnenministerium und der dbb im Jahr 2022 vorgelegt. Demnach war jede vierte Person im öffentlichen Dienst schon einmal mit Gewalt konfrontiert. Darüber hinaus gibt es Erhebungen, die sich auf die verschiedenen Sparten beziehen: Zum Beispiel gegen 60 Prozent der Schulleitungen an, dass die körperliche und psychische Gewalt in den Schulen in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat. Das geht aus einer Umfrage des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) hervor. Und im öffentlichen Nahverkehr steigt die Zahl der Übergriffe aufs Personal, teilt die Bahn mit.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

80 Jahre Öffentlicher Dienst: Festveranstaltung im Landtag

Im Plenarsaal des Landtags Nordrhein-Westfalen fand am 25. September 2026 die Jubiläumsveranstaltung des DBB NRW statt. Rund 150 Gäste aus Politik, Verwaltung und Verbänden kamen dort zusammen, um die historischen Wurzeln des Landes und die Aufbauleistung der Beschäftigten seit 1946 zu würdigen.

Vor 80 Jahren, am 23. August 1946, legte die britische Besatzungsmacht mit der Verordnung Nr. 46 den Grundstein für das Land Nordrhein-Westfalen. Mit diesem Schritt begann auch der Aufbau eines öffentlichen Dienstes, der bis heute die Funktionsfähigkeit des Landes und seiner Kommunen sichert. Seitdem gestalten die Beschäftigten den Staat aktiv mit, indem sie Strukturen schaffen, Verfahren modernisieren und das Land Tag für Tag handlungsfähig halten.

Seit dieser Zeit hat sich in unserem Land viel getan. Nicht immer ging es dabei reibungslos zu. Ob Flüchtlinge oder Vertriebene, ob Wohnungsnot oder Mangelversorgung. Gerade in der Gründungsphase des Landes und der Nachkriegszeit galt es, viele Entbehrungen zu ertragen und Hindernisse zu überwinden. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Stadt und Land haben jedoch seit über 80 Jahren einen gemeinsamen Beitrag an einer Erfolgsgeschichte geleistet

Landtagspräsident André Kuper MdL eröffnete die Veranstaltung mit einem Grußwort. „Schulen, Polizei, Hochschulen und Kitas: Die Bundesländer halten mit den Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten den Kernbereich unseres Staates am Laufen. Seit der Gründung unseres Landes 1946 steht die Verwaltung für Ordnung, Stabilität und Transparenz. Diese Tradition prägt Nordrhein-Westfalen bis heute, denn ohne diese funktioniert kein demokratisches System“, betonte Andre Kuper.

Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, hob in seiner Ansprache besonders die Bedeutung eines starken Öffentlichen Dienstes für unsere Demokratie hervor: „80 Jahre öffentlicher Dienst für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist auch eine Gelegenheit auf Problemlösungen sowie Erreichtes zurückzublicken und uns vielleicht auch mal innerlich selbst auf die Schulter zu klopfen.“

Auch Staatssekretär Bernd Schulte, Amtschef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, stellte die wichtige Rolle des Öffentlichen Dienstes für Staat und Gemeinwohl heraus. Stefan Behlau, 2. Vorsitzender des DBB NRW, widmete sich in seiner Rede insbesondere der Bedeutung von Bildung für die Demokratie.

Brandenburg
Anpassung von Besoldung und Versorgung 2026 beschlossen

Am Mittwoch, den 14. Oktober 2026 hat der Landtag Brandenburg das Gesetz zur Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften 2026 im Land Brandenburg verabschiedet.

Mit diesem Schritt setzt die Landesregierung die bislang ergangenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts rückwirkend zum 1. Januar 2026 um und unterstreicht damit ihr konsequentes rechtsstaatliches Handeln.

Hierzu stellt der Landesvorsitzender Ralf Roggenbuck fest „Heute ist ein sehr guter Tag für die Beamtinnen und Beamten des Landes Brandenburg. Die Landesregierung hat sich umfassend mit der Problematik Amtsangemessene Alimentation auseinandergesetzt. Mit diesem Gesetz nimmt das Land Brandenburg derzeit den Spitzenplatz im bundesweiten Besoldungsranking ein. Hierin sehen wir ein Zeichen der großen Wertschätzung unserer Arbeit und ich bin sicher, dass wir nächstes Jahr gemeinsam mit der Landesregierung auch eine adäquate Lösung für die Herstellung der Amtsangemessenen Alimentation für die Vergangenheit finden.“

Hamburg
Erfolgreiche Aktion „Eure Politik und das Kartenhaus stürzt ein“

Der dbb hamburg hat für den 14. Oktober 2026 zur Teilnahme an der Aktion „Eure Politik und das Kartenhaus stürzt ein“ aufgerufen.

Rund 350 Teilnehmende kamen in der Mittagspause zum Veranstaltungsort Reesendammbrücke/Jungfernstieg, um mit ihrer Teilnahme ein klares Statement gegen die Sparbeschlüsse für den hamburgischen Dienst abzugeben.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des dbb hamburg Thomas Treff sprachen Sandra Goldschmidt (ver.di hamburg), Thomas Jungfer (DPolG Hamburg), Horst Niens (GdP Hamburg), Andy Metzlaff (komba gewerkschaft hamburg) und Sven Quiring (GEW Hamburg) zu den Kolleginnen und Kollegen.

Dabei machten alle ihre Ablehnung des geplanten Sparpakets deutlich, weil dieses die Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger stark belasten würde. Dieses sei aufgrund der jetzt schon herrschenden Arbeitsbelastung in vielen Bereichen nicht zumutbar. Aus diesem Grund wurde auch die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten und die drohenden Stellenstreichungen abgelehnt.

Zudem würden sich die Bürgerinnen und Bürger gerade in den jetzigen Zeiten einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst als Stabilitätsfaktor wünschen. Dieses ist mit den anstehenden Sparmaßnahmen aber ernsthaft in Gefahr. Weiter wurde auf die mangelnde Wertschätzung seitens der Politik hingewiesen. Auch die unzureichenden Regelungen zur Amtsangemessenen Alimentation und zur Versorgung wurden kritisiert.

Als Höhepunkt der Aktion wurde dann ein Kartenhaus zum Einsturz gebracht, der die Auswirkungen des Sparpakets auf die Funktionsfähigkeit der einzelnen Bereiche des hamburgischen öffentlichen Dienstes symbolisieren sollte.

Dazu Thomas Treff (Vorsitzender dbb hamburg beamtenbund und tarifunion): „Für uns war die Aktion ein bedeutsames Signal an die hamburgische Politik, dass die Gewerkschaften des hamburgischen öffentlichen Dienstes zusammenstehen, um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, aber auch der Bürgerinnen und Bürger zu wahren.“

Mit dem Protest in unmittelbarer Sicht- und Hörweite des Rathauses habe man sehr deutlich unsere Ablehnung der geplanten Sparmaßnahmen zum Ausdruck gebracht und auf die jetzt schon vorhandene hohe Arbeitsbelastung in weiten Teilen des hamburgischen öffentlichen Dienstes hingewiesen. „Diese wird sich durch die Arbeitszeiterhöhung der Beamtinnen und Beamten auf 41 Wochenstunden und die zu erwartenden Stellenstreichungen auch bei den Tarifbeschäftigten weiter verschärfen“, so Treff.

Bayern
Geplante Neuregelung im Beamtenrecht begrüßt

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) begrüßt die Entscheidung des Bayerischen Ministerrats, das Bayerische Beamtengesetz im Sinne des Grundsatzes „Geheilt ist geheilt“ anzupassen. Künftig soll ausdrücklich klargestellt werden, dass eine vollständig ausgeheilte Krebserkrankung der gesundheitlichen Eignung für eine Verbeamtung nicht entgegensteht.

„Wer eine Krebserkrankung überwunden hat, sollte nicht auch noch um seine berufliche Zukunft kämpfen müssen“, erklärt BBB-Vorsitzender Rainer Nachtigall . „Ich freue mich sehr, dass die Staatsregierung hier ein klares Zeichen setzt und Menschen nach einer überstandenen schweren Erkrankung neue berufliche Perspektiven eröffnet. Eine geheilte Krebserkrankung darf kein Hindernis für den Eintritt in den öffentlichen Dienst sein.“

Die Bayerische Staatsregierung setzte damit ein wichtiges Signal für Chancengleichheit und gegen pauschale Benachteiligung. „Der öffent-

liche Dienst braucht engagierte und qualifizierte Menschen. Entscheidend muss sein, ob jemand die Anforderungen des angestrebten Amtes erfüllt – nicht, ob er in seiner Vergangenheit eine schwere Erkrankung durchstehen musste“, so Nachtigall.

Der BBB begrüßt daher ausdrücklich, dass der Freistaat die gesundheitliche Eignung bei ausgeheilten Krebserkrankungen gesetzlich klarstellen will. „Das ist ein wichtiges Stück Fairness und ein ermutigendes Signal für alle Betroffenen. Wir hoffen, dass die angekündigte Regelung nun zügig umgesetzt wird.“

dbb Bildungsgewerkschaften
Bildungsministerkonferenz soll Professionalisierung und Finanzierung sichern!

Am 15. Und 16. Oktober 2026 finden die 2. KMK-Jahrestagung sowie die Bildungsministerkonferenz statt. Schwerpunkt ist die Lehrkräftebildung.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Tomi Neckov, fordert in diesem Zusammenhang: „Die Deprofessionalisierung des Lehrkräfteberufs muss gestoppt werden. Dafür braucht es länderübergreifende Vereinbarungen für hohe Qualität des Studiums und einen angemessenen Praxisbezug. Neben den Kenntnissen der Inhalte und Didaktik der Fachwissenschaften braucht es auch das Wissen und die Methoden, um den vielfältigen Querschnittsaufgaben, mit denen uns Gesellschaft und Politik beauftragen, gerecht zu werden. Gerade hierbei leistete die Qualitätsoffensive Lehrerbildung gute Arbeit, Leuchtturmprojekte sichtbar zu machen und die Verbreitung herausragender Ideen zu unterstützen. Eine neue Qualitätsoffensive wäre der richtige Schritt, um die Professionalisierung des Berufs voranzubringen.“

Auch der Deutsche Philologenverband (DPhV) forderte die Bildungsministerinnen und -minister der Länder auf, die Neuauflage der Qualitätsoffensive Lehrerbildung jetzt entschlossen mitzugestalten. „Lehrkraft wird man nicht im Hörsaal allein, es braucht das Referendariat. Wenn die neue Qualitätsoffensive wirken soll, muss sie dort ankommen, wo aus fundiertem Fachwissen praktischer, guter Unterricht wird“, so die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Bund und Länder sind sich einig, dass es diese Offensive braucht. Umso weniger darf sie jetzt an der Frage scheitern, wer welchen Anteil bezahlt. Ein Finanz-Pingpong auf dem Rücken der Lehrkräfte darf es nicht geben.“ Die erste Qualitätsoffensive Lehrerbildung förderte allein Projekte an den Hochschulen. Dass Bund und Länder nun alle drei Phasen einbeziehen wollen, entspricht der Forderung des DPhV, Studium, Vorbereitungsdienst und Fortbildung gleichermaßen zu stärken.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ
Zuckergetränkesteuer: Personal und einsatzfähige IT gefordert

Die Bundesregierung hat sich auf die Einführung einer Zuckergetränkesteuer verständigt. Anlässlich der vorgesehenen Kabinettsbefassung am 14. Oktober 2026 warnt die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ vor einer zusätzlichen Belastung der Zollverwaltung: Der Personalbedarf wird unterschätzt, zusätzliche Stellen sind nicht gesichert und die rechtzeitige IT-Umsetzung bleibt fraglich.

Scharfe Kritik übt der BDZ bereits am Verfahren: Die neue Steuer soll über einen Änderungsantrag zum Haushaltsbegleitgesetz 2027 eingeführt werden. Eine reguläre Verbändebeteiligung im Vorfeld wird damit umgangen. „Eine neue Verbrauchsteuer mit erheblichen Folgen für Verwaltung und Wirtschaft auf diesem Weg einzuführen, ist nicht hinnehmbar. Die Praxiserfahrung der Beschäftigten muss frühzeitig einbezogen werden – gerade wenn sie am Ende die Umsetzung tragen müssen“,

kritisiert BDZ-Bundesvorsitzender Thomas Liebel.

Die neue Steuer soll ab dem 1. Juli 2027 erhoben werden. Damit wird gegenüber dem ursprünglich diskutierten Jahresbeginn mehr Vorbereitungszeit eingeräumt. Der BDZ hatte wiederholt vor einer überstürzten Einführung ohne funktionsfähige IT-Verfahren gewarnt. Die Verschiebung trägt diesen Bedenken zumindest teilweise Rechnung. Ob die verbleibende Zeit ausreicht, ist jedoch weiterhin zweifelhaft. „Ein halbes Jahr mehr Vorlauf löst die grundlegenden Probleme nicht. Der Zoll braucht ausreichend Personal, klare Verfahrensregeln und eine IT, die zum Start tatsächlich funktioniert“, erklärt BDZ-Bundesvorsitzender Thomas Liebel.

Während der BDZ 400 zusätzliche Stellen für erforderlich hält, kalkuliert die Vorlage lediglich 200 Arbeitskräfte – und selbst diese sollen intern ausgeglichen werden. Ein tatsächlicher Personalaufwuchs ist damit nicht zugesagt und im Bundeshaushalt 2027 ohnehin nicht vorgesehen. Auch für den Bundeshaushalt 2028 besteht durch die ausgewiesene Bedarfsberechnung keine verbindliche Stellenzusage.

Hinter der Zuckergetränkesteuer steht ein umfangreiches neues Verbrauchsteuerverfahren: Steuerlager müssen bewilligt und überwacht, Anmeldungen bearbeitet und Unternehmen geprüft werden. Die Abgrenzung steuerpflichtiger Produkte, zahlreiche Ausnahmen und gestaffelte Steuersätze schaffen zusätzlichen Aufwand. So kann bei bestimmten Saftgetränken entscheidend sein, ob Zucker zugesetzt wurde – eine Frage, die aufwendige Rezepturprüfungen und Untersuchungen nach sich ziehen kann. Übergangsweise erleichterte Erlaubnisse verschieben notwendige Prüfungen lediglich auf einen späteren Zeitpunkt.

Umso wichtiger sind durchgängig digitale und möglichst automatisierte Abläufe. Eine elektronische Antragstellung allein reicht nicht, wenn die anschließende Bearbeitung weiterhin weitgehend manuell bzw. über verschiedene Workarounds erfolgt. Zugleich fällt die Einführung in die laufende Strukturreform der Zollverwaltung.

Für Warenbewegungen zwischen EU-Mitgliedstaaten sieht die Vorlage zudem keine einheitliche, durchgängige digitale Abwicklung vor. Unternehmen mit Lager- oder Produktionsstandorten in mehreren Mitgliedstaaten müssen deshalb unterschiedliche nationale Verfahren und Nachweispflichten miteinander vereinbaren. Das schafft zusätzlichen Verwaltungsaufwand und erschwert die bürokratiearme Abwicklung grenzüberschreitender Lieferketten.

Der BDZ fordert deshalb einen belastbaren Umsetzungsplan und ausreichend Vorlauf für IT-Anpassungen, Verfahrensregeln und Schulungen. „Eine neue Steuer darf nicht mit Papierverfahren und manuellen Notlösungen starten. Entscheidend ist, dass die Verwaltung zum vorgesehenen Termin tatsächlich arbeitsfähig ist. Die Beschäftigten dürfen nicht erneut die Lücken zwischen politischem Anspruch und praktischer Umsetzung schließen müssen“, betont Liebel.

Namen und Nachrichten

Die Delegierten des Bundesjugendausschusses wählten Jennifer Donzelmann aus Bremen von der Jungen Polizei am 9. Oktober 2026 in Nürnberg in die Bundesjugendleitung der **dbb jugend**. „Ich bedanke mich für die Wahl und das entgegengebrachte Vertrauen“, sagte Donzelmann. „Bürokratieabbau, Digitalisierung und Fachkräftemangel – die aktuellen Herausforderungen sind enorm. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass der öffentliche Dienst bestmöglich für alle Bürgerinnen und Bürger da sein kann. Und das kann er nur, wenn die Beschäftigten optimale Arbeitsbedingen vorfinden.“ Donzelmann kommt gebürtig aus Bremen und engagiert sich seit 2022 bei der Jungen Polizei, der Jugendorganisation der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Jennifer und auf die neuen Impulse und Perspektiven, die sie in die Bundesjugendleitung einbringen wird“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend. „Packen wir’s an, um das Beste für junge Menschen im öffentlichen Dienst herauszuholen.“

Termine:

10. Dezember 2026
dbb Verkehrstag
(Weitere Informationen folgen)

11. Januar 2027
dbb Jahrestagung
(Weitere Informationen folgen)

12. - 13. April 2027
dbb Forum Personalvertretungsrecht
(Weitere Informationen folgen)